

Berantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
L. J. Kline,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redact. Theil:
J. Hirschfeld,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den Finanzentheil:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunziger Jahrgang.

Nr. 868

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, von Sonn- und Festtagen abgesehen. Kosten je Mal nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt jährlich 4,50 M. Für die Stadt Posen, 3,40 M. für ganz Deutschland. Bezahlungen nehmen alle Ausgabenhäuser der Zeitung sowie alle Posthäuser des deutschen Reiches an.

Freitag, 11. Dezember.

Postorte, die schärfspalten Zeitungen nach dem neuen in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der zweiten Seite 20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an den zweiten Seite entweder höher, werden in der Kreiszeitung für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachts, angenommen.

1891

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,
hier Ad. Schlech, Hofflieferant.
Gr. Gerber u. Breitestr.-Ede,
Olio Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen Paul
Posse, Hasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Jurisdienstal.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

137. Sitzung vom 10. Dezember, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Handelsverträge.

Zur Begründung derselben nimmt das Wort Reichskanzler v. Caprivi: Die drei Handelsverträge, welche den Gegenstand der heutigen Tagesordnung bilden, sind, wie ich mit Bestimmtheit annehmen kann, um einen vierten, um den mit der Schweiz vermehrt worden. (Beifall links.) Es ist bekannt, wie die Zölle auf das deutsche Reich und auf das Ausland gewirkt haben; wie die Wirkung zuerst in Deutschland eine nach allen Richtungen hin befriedigende war, wie aber allmählich in dem Maße, als die anderen Staaten dasselbe System annahmen, die Vortheile desselben sich für das deutsche Reich in Nachtheile verkehrten. Die Einführung der Zölle hatte den großen Vortheil gehabt, daß die heimische Industrie erstaunte und sich in einer Weise entwickelte, begünstigt vom Aufschwung der Technik, von dem Vorhandensein verfügbarer Kapitalien, wie sie es bis dahin nicht gegeben hatte. Da sie aber auf den innern Markt beschränkt war, trat mit der Zeit als Schattenseite dieses Systems hervor, daß der Markt überfüllt wurde, daß eine Überproduktion eintrat, daß also die so hoch gesteigerte Industrie anfangt, wenn auch Anfangs nur schwach, in Verlegenheit wegen des Absatzes zu gerathen (hört, hört! links.)

Bei autonomen Zöllen war für das bisherige System charakteristisch das Bestreben, das Meistbegünstigungsrecht von andern Staaten zu erwerben. Artikel 11 des Frankfurter Friedens gewährt Frankreich und Deutschland in gewissem Umfange wechselseitig das Meistbegünstigungsrecht, bis dann auf der anderen Seite die Staaten allmählich zu der Ansicht kamen, daß dieser Zustand auch seine Nachtheile hätte, und so fingen auch diese guten Seiten des Systems an, sich in ungünstige Nachtheile zu verkehren. Aus der Meistbegünstigung wurde allmählich eine Gelammtbeschädigung. Um nicht Einzelnen Vortheile gewähren zu müssen, entschloß sich unser westlicher Nachbar, dann allmählich auch die anderen Staaten, das Meistbegünstigungsrecht nicht mehr zu gewähren, und wir stehen augenblicklich einem Maximal- und Minimaltarif in Frankreich gegenüber.

Noch mehr in seinem Absatz beschränkt zu werden, ist nun für Deutschland im höchsten Grade empfindlich. Wir führen jährlich für etwas über 4000 Millionen Mark fremde Waare ein, und für etwas über 3000 Millionen Mark Waaren aus. Es bleibt zwischen der Einfuhr und Ausfuhr eine Differenz von 800 Millionen Mark. Was wir vom Auslande einführen, brauchen wir; es sind zum großen Theil unentbehrliche Nahrungsmittel und für unsere Industrie unentbehrliche Rohprodukte. Wir müssen in der Lage sein, diese Dinge zu beschaffen, und um das erzielen zu können, haben wir in der Hauptfahrt nur ein Mittel, indem wir unsere Fabrikate wieder dahin ausführen, woher wir unsere Rohprodukte empfangen haben. Die 800 Millionen Mark, die wir jährlich weniger aus- als einführen, ergeben das, was man gemeinhin die Handelsbilanz nennt. Wir sind auf die Dauer nicht im Stande, das zu bezahlen, was wir brauchen, um zu leben und um unsere Industrie zu erhalten. Dieser Zustand wird sich voraussichtlich von Jahr zu Jahr mehr fühlbar machen, weil unsere Bevölkerungsziffer steigt. Wir haben mehr Menschen zu ernähren. Es ist also die nicht mehr im Verhältniß zur Bevölkerungsziffer stehende Zunahme des Exports, eine Kalamität, der vorzubeugen wir bestrebt sein müssen. Schon in der allerhöchsten Notiz vom 4. Februar 1890 war gesagt worden, der Rückgang einzelner Betriebe durch Verlust des Absatzes im Auslande würde nicht nur die Industrie, sondern auch die Arbeiter betreffen. Es erschien sehr bald zweifellos, daß auf dem weiteren Wege fortzugehen der Ruin nicht nur unserer Industrie, unseres Arbeitertandes, sondern auch weiter anderer Kreise sein würde.

Es handelt sich nicht um die Frage, wollen wir Freihandel treiben oder Schutzpolitis? Es handelt sich darum, die Mittel zu suchen, um unsere Landwirtschaft lobend zu erhalten, unserer Industrie Verdienst und ihren Arbeitern Arbeit zu geben. Auf dem bisherigen Wege würden wir nicht weiter kommen. Sollen wir bei der Tendenz, sich abzuschließen, die sich in Russland, Amerika und Frankreich fühlbar macht, weiter in der Abschließung verharren oder, was wahrscheinlich die Folge davon sein würde, weiter in der Abschließung gehen? Die Folge davon würde ein Krieg aller gegen alle sein. Alle europäischen Staaten schließen sich gegeneinander ab. Wir sind aber nicht im Stande, auf die Dauer uns selbst zu genügen. Wir sind auf den Austausch von Waaren mit anderen Ländern durch die Natur unserer Ausdehnung, Klima, Boden unweigerlich angewiesen. Wenn wir den Versuch hätten machen wollen, in dem bestehenden System zu bleiben, so würde bei dem immerwährenden Kampf ums Dasein zweifellos Deutschland in kurzer Zeit in Gefahr gerathen sein, einen Vertrieb nach dem anderen einzustellen.

Die verbündeten Regierungen hielten eine weitere Fortsetzung des Weges nicht für angängig. Es handelt sich aber nicht um Freihandel oder Schutzpolitis, sondern nur um den Versuch, Tarifverträge mit den anderen Staaten abzuschließen und auf diesem Wege unser Absatzgebiet zu erweitern und neue Märkte zu gewinnen für das, was wir im Ausland nicht absetzen können, und was wir im Ausland verloren haben, das sich auf die Dauer von uns abschließt, das wollen wir erzielen durch eine Vereinigung mit anderen nahe liegenden Nationen. Wir haben keinen ganz neuen unbegreiflichen Weg eingeschlagen. Schon 1878, als die erste Anregung zu dieser Verstärkung des Schutzes der nationalen Arbeit gegeben wurde, wurde in der Denkschrift ausgesprochen, daß die schwierige Frage, um die es sich dabei handele, nicht nach dem Schlagwort: Freihandel und Schutzpolitis gelöst werden könne, daß es vielmehr darauf ankomme, Gegenläufe auszugleichen. Ebenso ist 1879 in der Denkschrift ausgesprochen worden, daß überall sorgsam in Erwägung gezogen werden müsse, daß die Exportfähigkeit der deutschen Industrie erhalten werde. Eine Grundlage auszuführen ist aber nicht anders möglich, als daß Konzessionen gemacht werden. Wie die Männer, welche das Vaterland lieben, im

Innern einander Konzessionen machen, so ist das auch bezüglich eines Zusammengehens mit anderen Staaten der Fall. Daß alle Interessenten in den beiden kontrahirenden Staaten ganz befriedigt werden, ist nicht möglich; der eine muß dem andern Konzessionen machen um des Staates, um des Ganzen willen. Wir möchten wünschen, daß bei der Betrachtung der Verträge dieser Standpunkt festgehalten wird. Heute mehr wie früher muß die Regierung das Ganze im Auge behalten. Die verbündeten Regierungen werden seinen Augenblick vergessen, was sie den einzelnen Erwerbszweigen schuldig sind, was der Staat ihnen verbietet und daß er mit ihrem Gedanken verknüpft ist. Aber jede Vereinigung, selbst die Familie, verschärft den Egoismus des Einzelnen und der Einzelne glaubt, was er selbst besitzt, auch für die Genossenschaft verlangen zu können. So ist es bei den wirtschaftlichen Interessengruppen, die den Egoismus steigern und ihm oft unbegründeten Ausdruck geben. Aber je schärfer diese die eigenen Interessen vertreten, um so mehr ist die Regierung genötigt, die Interessen des Ganzen wahrzunehmen.

Eine plötzliche Wirkung der Verträge darf nicht erwartet werden. Es ist sehr schwer, wenn ein Wagen 12 Jahre in einem Geleise gegangen ist, ihn in ein anderes Geleise zu bringen. Deshalb ist auch ein langer Zeitraum für die Verträge ins Auge gesetzt worden. Man hat diesen langen Zeitraum auch gewählt, um der Landwirtschaft und der Industrie diejenige Stetigkeit zu geben, deren sie unbedingt bedürfen. Beide müssen wissen, womit sie auf diesem oder jenem Gebiet zu rechnen haben.

Was die Wirkung dieser Verträge auf die Finanzen angeht, so weiß ein jeder, daß, wenn man die Zölle herabsetzt, eine Verminderung der Einnahmen des Staates eintreten muß. Diese finanzielle Wirkung haben wir in der Denkschrift dargelegt.

Bezüglich der Frage der differentialen Behandlung der anderen Staaten liegt es auf der Hand, daß für diejenigen Staaten, die das Recht der Meistbegünstigung auch über den Februar hinaus haben, ohne Weiteres die Meistbegünstigung auch auf Grund der vorliegenden Verträge eintritt. Was die Staaten betrifft, mit denen wir eine Reihe von Verträgen noch abzuschließen haben, so wird das Betreiben der Regierung sein, nichts ohne gleichwertige Konzessionen zu geben. Es bleiben Russland und Amerika übrig. Über letztere zu sprechen scheint mir zur Zeit entbehrlös. Der beklagenswerte Zustand, der die russische Regierung zu einer Sperrung genötigt hat, wird voraussichtlich nicht bald gebrochen werden, und so lange das nicht der Fall ist, hat es keinen Werth, sich die Frage vorzulegen, was dann Russland gegenüber zu geschehen hat. Sind wir doch nicht einmal im Stande, unsere eigene fünfjährige wirtschaftliche Lage zu kennen! Was aber die Vereinten Staaten angeht, so werden Sie aus dem Abrück von Altenstücken, der Ihnen vorgelegt worden ist, ersehen können, daß bei den Verhandlungen zwischen beiden Staaten auch diese Frage zur Sprache gekommen ist. Wir stehen noch auf dem Standpunkt von 1885, den Vereinten Staaten das Meistbegünstigungsrecht zuzusprechen, und haben auf Grund dieses Zugeständnisses die Sicherung erhalten, daß unter Zuider frei nach Amerika eingehet, daß er von den dortigen Prohibitivezen nicht betroffen wird.

Man hat der Regierung dann vorgeworfen, daß sie die Verträge ohne hinreichende Erfundigung bei Sachverständigen abgeschlossen hat. Im Reich sind 3 Behörden verpflichtet, sich mit Fragen der Handelspolitik zu beschäftigen: das Reichsamt des Innern, die handelspolitische Abteilung des auswärtigen Amtes und der preußische Handelsminister. Dazu kommt, daß seit langen Jahren das Material, aus den Berichten der Handelskammern, aus den Auskünften der Presse, aus Petitionen so gesichtet worden war, daß es, als wir die ersten Schritte zu diesen Verträgen thaten, bereit lag; man brauchte nur aufzuschlagen, so war es zu sehen, wie sich die Interessenten und Sachverständigen in irgendeiner Frage ausgesprochen haben. Noch im Laufe der Verhandlungen aber haben die Beauftragten bei schwierigen Punkten Sachverständige gefragt. Auch der Vorwurf, daß die Verhandlungen geheim gehalten wurden, ist ungerechtfertigt. Wenn hier die geforderte Offenlichkeit beliebt worden wäre, würde wohl erst nach Ablauf der 12 Jahre, welche der vorliegende Vertrag umfaßt, derjele erst zu Stande gelommen sein. (Zustimmung.) Die Währungsfrage hätten wir hierbei selbst wenn der Bimetallismus in der öffentlichen Meinung Fortschritte gemacht hat, doch ohne Theilnahme Englands nicht regeln können. Vor dem 1. Februar 1892 kann diese Frage überhaupt nicht geregelt werden.

Von agrarischer Seite ist das Verlangen gestellt worden, daß man sich nach unten binden sollte, damit nicht weiter ermäßigt werde. Keine Regierung ist im Stande, zu sagen, was sie in 12 Jahren thun wird. Auch die Agrarier haben aber keinen Grund

zu glauben, daß es in der Absicht der verbündeten Regierungen stand, sie weiter zu schädigen. Als im Frühjahr d. J. im preußischen Abgeordnetenhaus die Verhandlungen über den sogenannten Notstand vorgenommen wurden, war eine starke Strömung da für eine zeitweise Herabsetzung der agrarischen Zölle, daß, wenn die Preußische Regierung nur einen Finger breit nachgegeben hätte, es zu einem ziemlich einstimmigen Beschluss des Abgeordnetenhauses dahin gekommen wäre, die Zölle zur Zeit aufzuhaben (hört! hört! Sehr wahr! links). Damals hat die Preußische Regierung ganz allein widerstanden. Wir wurden monatlang angegriffen, wir sind in der Presse nach jeder Richtung, sowie auf den Strafen verhaftet, und es ist uns gleichgültig geblieben. Ich möchte den Agrarier sehn, der überhaupt je sich rühmen könnte, mehr für die Aufrechterhaltung der Zölle gethan zu haben, wie die Regierung. (Hört! hört!) Hätte die Regierung nachgegeben und wäre zum zweiten Male eine Mißernte eingetreten, so wären die agrarischen Zölle auf Niemand wiedersehen verschwunden gewesen (hört! hört! Sehr wahr! links). Ich lehne also jede Provokation von dieser Seite entschieden ab (Beifall).

Die deutsche Landwirtschaft befindet sich in schlimmer Lage. Es ist begreiflich, wie sie hineingekommen ist, und es liegt mir fern, einzelnen oder Generationen von Landwirthen einen

Borwurf zu machen. Durch die Verbesserung der Kommunikationsmittel, die Benutzung des Dampfs traten die Staaten, die bisher auf dem deutschen Markt nicht hatten erscheinen können, auf diesem auf. Die deutsche Landwirtschaft verlor dadurch den Schutz gegen fremde Konkurrenz, den sie bisher durch die geographische Lage gefunden hatte. So lange es weder Eisenbahnen noch Dampfschiffe gab, kam allerdings ein mäßiges Quantum fremden Getreides auf Segelschiffen hierher, was aber nicht im Stande, den inländischen Getreidebau zu gefährden. Erst als das entstand, was man jetzt Weltmarkt nennt, wurde die deutsche Landwirtschaft gefährdet; sie hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der deutsche Boden trägt nicht mehr einen Gewinn und bringt zum Theil nicht mehr die Kosten. Die steigenden Löhne, die Ausgaben, die in der letzten Zeit auch der Landwirtschaft für soziale Fragen auferlegt sind, erschweren ihr das Dasein nach und nach. Es wurde ihr schwer, die Produktionskosten zu erhöhen. Deshalb sah sich die deutsche Landwirtschaft nach einem Schutz um, den sie in den Söhnen fand. Auch heute ist ihre Lage noch so, daß sie die Söhne Schutz nicht entbehren kann. (Sehr richtig! rechts.) Auf der anderen Seite aber haben zweifellos die Söhne im allgemeinen nicht das für die Landwirtschaft gewollt, was man vorausgesetzt. (Hört! hört! links.) Befriedigt haben sie nur da, wo mit sehr hohen Zöllen auch Katastrophen in anderen Ländern zusammenfielen. Die Wirkung der Zölle war eine besonders schlimme in den westlichen Provinzen. Auf dem Landwege hatte das Getreide bisher hohe Fracht zu bezahlen, wurde theuer, wurde kaum noch verkaufsfähig; schlug es aber den Seeweg ein, so begegnete es der amerikanischen Konkurrenz. Es ist also keineswegs das eingetreten, was man 1879 und selbst in neuerer Zeit noch erwartete. (Hört! hört! links.) Aber immerhin, ohne die Schutzzölle wären wir vorzeitig in wirtschaftlichen Krisen entgegengesetzten. (Sehr richtig! rechts.) Und eine solche Krise ist in ihren Folgen nicht hoch genug anzuschlagen. Es handelt sich nicht um den Ruin einzelner Landwirthe. Wir würden eine vierjährige Periode des landwirtschaftlichen Niederganges durchgemacht haben. Und nicht allein die Landwirtschaft würde gelitten haben. Die Parallelen mit den englischen Verhältnissen darf man nicht ziehen. Dort handelt es sich um große Magnaten. Was wir bei uns große Grundbesitzer nennen, sind zum großen Theil nur kleine Grundbesitzer, die sich tümmerlich durchzudringen (Gelächter links), die Schulden machen müssen. Durch diese Schulden würde eine landwirtschaftliche Krise weit über ihren eigentlichen Rahmen hinauswirken. Alle Gläubiger würden in Mitleidenschaft gezogen werden und die landwirtschaftliche Krise würde eine Katastrophe ersten Ranges für den Handel werden. Der Staat hat aber ein hohes Interesse an der Erhaltung der Landwirtschaft; denn in den Bedingungen des Daseins der Landwirthe liegt ein starkes Moment, welches sie unter allen Umständen, mögen sie einer politischen Partei angehören, welcher sie wollen, zu staatserhaltenden macht. Bollands, wenn der Grund und Boden durch Generationen in denselben Händen bleibt, erwähnt die Liebe zur Heimat, wie sie kein anderer Stand hat, und die die erste und sicherste Quelle des Patriotismus ist, wie ihn der Staat braucht. (Beifall rechts.) Ferner ist eine der wesentlichsten Grundlagen ihres Daseins das Familienleben. Das Leben des Arbeiters auf dem Lande bietet weit mehr die Möglichkeit eines gesunden Familienlebens, als das der industriellen Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Ich will damit nicht sagen, daß die Verhältnisse auf dem Lande überall so wären; ich behaupte nur, die Möglichkeit ist mehr da wie in der Stadt, und schon dieser Grund allein wäre für mich hinreichend, es zu beklagen, wenn die Landwirtschaft einer Krise entgegengesetzt.

Der Hauptgrund aber für die Notwendigkeit der Erhaltung der Landwirtschaft ist ein exklusiv staatlicher. Ich bin der Überzeugung, daß wir eines Körnerbaus, der, wenn auch in einer Beschränkung, zur Not ausreicht, selbst die steigende Bevölkerung im Kriegsfall zu ernähren, garnicht entbehren können (Beifall rechts), und daß der Staat auf den Aussterben gestellt ist, der nicht im Stande ist, von den Produkten seiner eigenen Landwirtschaft zu leben. Es könnten ja allerdings Mißernten eintreten; aber in Voraussicht einer solchen im Kriegsfall sehen wir uns vor, daß wir mit anderen vorwiegend getreidebauenden Staaten uns verbinden und selbst im Kriegsfall uns im Einvernehmen halten. Ich habe sagen hören, daß das eine übertriebene Befürchtung ist, und daß wir selbst im Kriege mit Frankreich und Russland auf dem Seeweg Korn bekommen könnten. Auf solche Faktoren möchte ich das Wohl des Staates nicht stützen, wir können nicht wissen, was die jemächtigen Staaten dermaßenst, wenn ein Weltkrieg kommt, unter Kontrebande für eine effektive Blockade erklären werden. In meiner Vergangenheit als Soldat habe ich mir die ganz unerschütterliche Überzeugung gebildet, daß in einem fünfjährigen Kriege die Ernährung der Armee und des Landes eine geradezu entscheidende Rolle spielen wird. Die entscheidende Rolle schädigen Sie, wenn die Landwirtschaft geschädigt wird. Das aber die Landwirtschaft geschädigt wird, wenn man den Kornzoll um 1,50 M. herunterlegt, besteht ich. Die Landwirtschaft wird im Stande sein, diese Zollherabsetzung zu extragen und weiter zu prosperieren. Ich unterstelle mich von den Herren Agrarirten infom, als ich der Meinung bin, es handelt sich nicht darum, daß in dieser Beziehung die Landwirtschaft Opfer bringt. Der Staat muss nach meinem Dafürhalten Opfer bringen. Die Getreidezölle sind ja ein schweres Opfer für den Staat, (sehr wahr! links) denn es kommt dabei auch die Steigerung des Preises für ihn sehr in Betracht. (Hört! hört! links.) Die Erhöhung der Zölle auf 5 Mark war eine Kraftprobe, und ich glaube, diese Kraftprobe ist nicht zu Gunsten des Staates ausgefallen. (Hört! hört! links.) Man hat den Bogen überspannt. Für den Staat entstand dadurch die große Gefahr, daß daraus ein Agitationsmittel gegen den Staat und gegen die staatserhaltenden Parteien geschaffen wurde. Die verbündeten Regierungen haben also die sehr ernste Pflicht, zu erwägen: wie weit können wir mit den Zöllen heruntergehen, ohne die Landwirtschaft zu schädigen, und wie hoch können wir sie halten, ohne der Agitation Vorschub zu leisten? Die Behandlung der Weinölle erfordert andere Gesichts-

punkte als die der Getreidezölle. Alle Motive für das Getreide treffen für den Wein nicht zu, abgesehen davon, daß auch er auf heimischer Scholle wächst. Der Wein ist kein Nahrungsmittel, geschiehe denn ein unentbehrliches. Höchstens kann man sagen, daß er bis vor Kurzem in Elsaß-Lothringen ein Nahrungsmittel war. Was hier in Bezug auf die Weinzölle vorgeschlagen wird, trifft sodann nicht die Liebhaberweine, die ihren individuellen Geschmack und Preise haben, sondern nur die kleinen Weine. Die Absicht der verbündeten Regierungen geht dahin, einmal die Kunstreine und den Schnaps zu verdrängen, diesen Weinen Konkurrenz zu machen, und eine ebensole Konkurrenz den sogenannten französischen Vordeauweinen, die fälschlich Verjüngungsweine sind, und in einer Zahl, die die meisten garnicht ahnen, in Deutschland als französische Weine getrunken werden. Wir wollen also den italienischen Weinen auf unsern Boden ein Schlagfeld gegen die französischen Weine schaffen. (Heiterkeit.) Daz das nicht schlüssig ist, wie es von den Gegnern der Herabsetzung der Weinzölle gemacht wird, geht schon daraus hervor, daß man früher schon den Zoll als Finanzzoll betrachtet hat und daß auch 1879 ein Elsaß-Lothringen vom reinsten Wasser, der Abg. Winterer, den Antrag stellte, die Weinzölle aufzuheben. Wir sehen also der Debatte hierüber mit großer Ruhe entgegen und glauben auch hier das gethan zu haben, was im Interesse der Konsumenten, der Weinproduzenten und im Interesse unseres Friedensbündnisses mit Italien liegt.

Die Behandlung der Industrie bei den vorliegenden Verträgen war eine ungleich schwieriger als die der Landwirtschaft. Die deutsche Industrie hat alle Arten von Betrieben, umfaßt fast alle Branchen und hat wenigstens Ansätze zum Export in fast allen Weltgegenden. Die Berücksichtigung so verschiedener Verhältnisse war nicht leicht und setzte einen hohen Grad von Geschick von Seiten unserer Beauftragten voraus. Er schwer ist hierin, daß unsere Industrie sehr wenig hochfeine Artikel exportiert; es handelt sich bei uns mehr um eine maschinelle Massenproduktion. Wir führen relativ sehr große Mengen mit verhältnismäßig sehr geringen Werten aus. Auch heute bedarf die Industrie eines gewissen Schutzes. Man hat gesagt, Deutschland sei ein Industriestaat geworden, und in der That gewinnt unsere Industrie fortwährend an Bedeutung. Es besteht ja der Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft, daß die Landwirtschaft nur bis zu einem gewissen Grade gesteigert werden kann, weil sie vom Grund und Boden abhängt; die Industrie dagegen ist abhängig vom Absatz. Erwähnt man diejenigen, wie wir es durch diese Verträge wollen, so kann sich auch die Industrie erweitern, und hierin ist fürs Erste kein Ende abzusehen, sofern sie nur die Möglichkeit eines lohnenden Verkaufs hat. Handel und Industrie sind und bleiben die größten Quellen des Wohlstandes, politischer Macht und kultureller Bedeutung. Denn ohne einen gewissen Grad von Wohlstand würde auch unsere Wissenschaft nicht gediehen können. Ebenso hat auch die Stiftlichkeit in den unteren Klassen bis zu einem gewissen Grade einen steigenden Wohlstand zur Voraussetzung.

Wir haben nun in Bezug auf die Industrie unsere Pflicht nicht vernachlässigt, beim Abschluß der Verträge unserer Arbeiterstaaten und Leistungsfähigkeiten zu erhalten. Die Regierungen haben die Zölle so weit herabgelegt, als es zulässig ist. Für die Erhaltung und das Gedeihen des Arbeiterstandes ist es notwendig, daß ein Abfall geschaffen wird. Das Streben der arbeitenden Bevölkerung aus dem Osten nach dem Westen und vom Lande nach der Stadt beweist, daß ein Gegengewicht gegen die Theuerung lohnende Arbeit ist. Lohnende Arbeit wird aber, wenn die Verträge genehmigt werden, gefunden werden. Wir werden sie finden durch Export; wir müssen exportieren entweder Waren oder Menschen. Mit der steigenden Bevölkerung ohne entsprechende Zunahme der Industrie können wir nicht weiter wirtschaften. Wenn wir Dinge hören, wie wir sie in Erfurt gehört haben, so ist man ja unwillkürlich dazu geneigt, mit einer gewissen Misstrauenskunst die Leute anzuziehen, die sich dort versammelt haben. Trotzdem aber dürfen wir nicht den Werth eines kräftigen Arbeiterstandes in Deutschland verfennen. Wir müssen uns daran gewöhnen, den Arbeiter etwas weniger pessimistisch anzusehen, und dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, auch diese Leute wiederzugewinnen. Ich stehe da auf dem Standpunkt, den Herr Stöder hier mit den Worten vertreten hat: wir müssen dem Arbeiter nicht bloß entgegentreten, sondern auch entgegenkommen. Das zu thun ist einer der Zwecke dieser Verträge. Wir stehen noch auf dem Boden der Botschaft von 1881, die ausspricht, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht bloß im Wege der Repression gegen sozialdemokratische Ausschreitungen, sondern zugleich auf dem Boden der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir glauben, in diesen Verträgen auf das Wohl der Arbeitgeber und der Arbeiter in gleichem Maße bedacht gewesen zu sein.

Was die politische Seite dieser Verträge angeht, so haben wir in Bezug auf die neutralen Staaten Belgien und Schweiz nur den dringenden Wunsch, in freundlichkeitslichen Beziehungen mit ihnen zu leben. Anders ist es in Bezug auf den Dreieckstaat. Dieser ist geschlossen zur Erhaltung des Friedens, ohne die mindesten aggressiven Ziele. Aber wenn man einen solchen Friedensbund abschließt, so darf man nicht mit denselben Staaten dauernd in einem wirtschaftlichen Kriege leben. Wir haben das Interesse, unsere Verbündeten zu stärken, denn stand nicht einmal troß unserer Bemühungen der Friedenszustand nicht mehr erhalten werden kann, brauchen wir kräftige Verbündete, die im Stande sind, auch die erforderlichen Rüstungen zu tragen. Wir müssen also wünschen, daß ein Staat, mit dem wir im wirtschaftlichen Verhältnis stehen, auf die Daner nicht geschädigt wird. Die Regierungen dieser Staaten sind gemeinsam bemüht gewesen, bei Abschluß der Verträge die Wege zu finden, in denen ein gegenseitiger Waarenaustausch möglich ist. Wir haben den Wunsch, daß diese Verträge sich immer tiefer in die Bevölkerung einleben. Zur Zeit Friedrichs des Großen führte man Kabinettskriege, bei denen lediglich der Fürst über den Krieg entschied, und die Bevölkerung nur einen beschränkten Anteil daran hatte. Selbst unter Friedrich dem Großen war es viel mehr die Politik des großen Mannes, welche die Bevölkerung vorwirkt als das Gefühl, daß es sich um Preußen handelt. Kaltblütig sah man eine Provinz abtreten. Man lebte eben schlächtig unter einem anderen Fürsten ebenso weiter wie früher. Das hat sich vollkommen geändert. Seit Ende des vorigen Jahrhunderts werden Volkskriege geführt, und es bedarf der wesentlichen Mitwirkung des Landes nicht nur mit der Hand, sondern auch mit dem Herzen. (Zustimmung links.) Der Krieg muß aus dem Gefühl des Volkes hervorgehen. Das selbe überträgt sich auf die Verträge. Früher konnte man Kabinettsverträge abschließen von Fürst zu Fürst. Heute muß der Gedanke dieser Verträge in die Seele des Volkes einverlebt sein. Das zu erleichtern, wird eine Folge und Wirkung dieser Handelsverträge sein.

Man hat eingewandt, daß die Verträge eine Verbitterung erzeugen werden. Ich glaube nicht, daß das der Fall sein wird. Hätten wir z. B. im vorigen Jahre ein politisches Bündnis mit den Vereinigten Staaten gehabt, das uns zu kriegerischen Rüstungen nur für Amerika genötigt haben würde um die Zeit, wo die Erregung um die Prohibition gezeigt war, bei uns am höchsten war, wäre da wohl der Grund der Verbitterung so hoch gewesen, um die Armee zurückzuhalten? ich bezweifle es. Hier und da wird wohl Verbitterung entstehen. Aber dieselbe richtet sich nicht gegen die Staaten, mit denen wir das Bündnis abgeschlossen haben, sondern gewöhnlich gegen die eigene Regierung. (Heiterkeit.)

Das beweist wieder ein kürzlich in einer der gelesenen konservativen Zeitungen erschienener Artikel, der davon spricht, daß eine Anzahl zumeist antisemitischer Männer beschlossen hätte, sich nach Österreich zu wenden, um von da aus Stimmung gegen die Handelsverträge zu machen. Es war für mich ein beklagenswerthes Schauspiel, daß hier vorgeschlagen wird, bei Czechen, Slovaken, Rumänen, Slovenen und Kroaten zu hausiren, um Stimmung gegen die eigene Regierung zu machen. (Sehr richtig! links.) Beklagenswerther noch ist es, daß ein Blatt, welches den Anspruch macht, preußischer zu sein als andere, das Anland ins Gefecht zu führen sucht gegen Deutschland. (Sehr richtig! und Beifall links.)

Wir hoffen, daß noch andere Staaten sich den Verträgen anschließen werden. Es schwanken ja Verhandlungen zwischen Österreich und Serbien. Welchen Erfolg dieselben haben werden, kann ich nicht voraussehen. Aber wir werden gern auch mit anderen Staaten in dieselben Beziehungen treten wie mit den jetzigen Vertragsstaaten. In der letzten Zeit ist eine seltene geschichtliche Erscheinung zum Bewußtsein der Völker gekommen: Die Bildung großer Reiche, das Selbstbewußtsein derselben und das Bestreben, sich einander anzuschließen. Unser östlicher Nachbar umfaßt ein Gebiet, in dem er fast alle für sein Reich notwendigen Produkte hervorbringen kann. Die Bevölkerung von Nordamerika nimmt von Jahr zu Jahr zu, entsprechend auch sein Kraftbewußtsein und die Rücksichtslosigkeit mit der es seine eigenen Interessen verfolgt. Als im vorigen Jahre diese Erziehung zum ersten Male auftrat, sagte man, daß sie völkerrechtlich nicht zulässig sei. Nun jeder Staat hat als erste Pflicht, die der Selbsterhaltung, und die Staaten werden in dem Streben nach Selbsterhaltung in absehbarer Zeit viel weitergehen als bisher. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Staaten zu einer Art von Kriegsführung kommt, in der nicht geschossen wird, sondern in der sie sich mit Gelehrtenparaphren und Tarifkonventionen behandeln. Auch in Asien wächst die Bevölkerung fortwährend, und die Ansicht mag richtig sein, daß es sich am Anfang einer großen Umwälzung befindet, bei der nicht abzusehen ist, wie weit China in den Wettkampf eintreten wird. Wir haben es also mit großen Staaten zu thun, die über kurz oder lang zu Rücksichtslosigkeiten gegenüber anderen Ländern kommen. Der Schauplatz der Weltgeschichte hat sich erweitert. Die bisherigen europäischen Großmächte können in absehbarer Zeit in Bezug auf ihre materielle Kraft zu den kleineren gehören, und wollen sie ihre Weltstellung aufrecht erhalten, so werden sie nicht umhin können, sich möglichst eng aneinander anzuschließen. Es ist nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo sie einsehen werden, daß sie kleineres zu thun haben als sich gegenseitig das Blut auszusaugen, weil sie in dem wirtschaftlichen Kampf ums Dasein alle ihre Kräfte einzusetzen haben. (Hört, hört! links.)

Wie dem aber auch sein mag, man mag das für Zukunftsgedanken halten, die eines reellen Werthes entbehren, so glaube ich doch, daß eine solche Entwicklung wahrscheinlich genug ist, um bei allen Schritten auf wirtschaftlichem Boden sie wenigstens für möglich zu halten, und wenn man das einmal zugibt, so wird man auch von diesem Gesichtspunkte nicht in Abrede stellen wollen, daß die Verträge, welche wir geschlossen haben, eine gewisse Garantie für die Zukunft geben. Würden die Verträge, wie sie Ihnen vorgelegt worden sind, abgelehnt, so weiß ich in der That nicht, wo in einem Jahrzehnt die Grenze des Notstands liegen würde, der über Deutschland hereinbricht. Ich bitte Sie nochmals, seien Sie diese Verträge als Ganzes mit Vaterlandslebe an, lassen Sie sich nicht durch einzelne Urtheile bestimmen, sondern legen Sie sich die Frage vor: Geht Deutschland mit oder ohne diese Verträge einer geistlichen aussichtsvollen Zukunft entgegen? Ich hoffe, Sie werden mit den verbündeten Regierungen der Ansicht sein, daß die vorliegenden Verträge geeignet sind, das innere Gedeihen Deutschlands und seine Weltstellung zu erhalten und zu fördern. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Reichenberger (Btr.): Die allgemeinen Ausführungen des Reichskanzlers befinden sich in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, und die öffentliche Meinung hat sich auch für die Handelsverträge ausgesprochen. Deshalb wäre es wünschenswert, daß sie möglichst einstimmen würden. Man hat versucht, den jetzigen Reichskanzler in einen derartigen Gegensatz zu dem früheren zu bringen, daß man den letzteren sogar beschuldigte, an dem Rücktritt v. Caprivi zu arbeiten. Das kann ich nicht glauben, und der frühere Reichskanzler, dem ein solches zugeschoben wird, kann nur sagen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden! Wenn das Hauptgewicht auf die Ermäßigung der Getreidezölle gelegt wird, so kann man dem nur zustimmen. Auch der vorgeschlagene Zoll ist noch sehr hoch, er beträgt bei den jetzigen abnorm hohen Getreidepreisen 20 Prozent des Preises und bei normalen Preisen wird er noch immer 25 Prozent betragen. Es handelt sich hier um eine Ausgleichung von Interessengegenräthen zwischen der Landwirtschaft und den Konsumenten, und darum sollten die Agrarier der Ermäßigung zustimmen. Die Theuerung ist so groß, daß jeder Schritt zu ihrer Abminderung freudig begrüßt werden muß. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß an dem hohen Preise des Getreides auch Börsenspekulationen und Machinationen schuld sind, aber diese Börsenspekulationen werden gerade durch hohe Zölle befördert. Und diese hohen Zölle können einmal gerade der Landwirtschaft gefährlich werden.

Abg. Graf Kainz (Btr.): Die vorgelegten Verträge zeigen, daß die Regierung die Handelspolitik nach zwei Richtungen hin einer durchgreifenden Reform zu unterziehen beschlossen hat. Sie geht von autonomen Tarif zum Vertragstarif über, verzichtet auf das Recht, die Tarife nach dem Bedürfnis der einzelnen Erwerbszweige festzulegen. Sie begiebt sich damit in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Ausland, welches unserem Lande einmal sehr schaden kann. Zölle sollen ausgleichend wirken, und den übermäßigen Geldabfluß nach dem Ausland verhindern. Mit dem gebundenen Tarifsystem sind wir dazu nicht mehr im Stande. Zweitens bedeuten die Handelsverträge einen Bruch mit dem Prinzip eines wirksamen Schutzes der nationalen Arbeit, ein Zurückweichen der sicheren Position, welche die deutsche Handelspolitik sich in zehn bis zwölfjährigem Kampf mühselig errungen hat. (Sehr richtig! rechts.) Wenn nun aber hauptsächlich die landwirtschaftlichen Zölle abgebaut werden, so wird die Landwirtschaft kaum noch die industriellen Zölle vertheidigen können. Denn der Tarif von 1879 war ein Ganzes für Landwirtschaft und Industrie. Der Vorwurf ist nicht ganz berechtigt, daß die landwirtschaftlichen Zölle dem Lande große Opfer auferlegen. Ebenso könnte man sagen, daß die Landwirtschaft durch die Industriezölle schwer belastet werden ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben den landwirtschaftlichen Schutzoll niemals als ein Opfer betrachtet (Heiterkeit und Biderspruch), er ist nötig, wie auch im vorigen Jahre Abg. Windthorst ausgeführt hat, zur Erhaltung unserer Industrie und der gesamten Gewerbebrüderlichkeit. Was die gegenwärtigen Getreidepreise angeht, so protestiere ich dagegen, diesen vorübergehenden Preisstand zur Grundlage von Konzessionen an fremde Staaten zu machen. Gegen diese Theuerung gibt es nur ein zulässiges Mittel, die Suspension der Getreidezölle auf bestimmte Zeit. Ich würde noch heute nichts dagegen haben, wenn der Reichskanzler auch heute noch suspendieren würde und uns die Bollermaßigung schenkte. Ich befürchte nicht, daß die Reaktivierung der Zölle nach Aufhebung der Suspension auf Schwierigkeiten stoßen würde. Aber nur Rücksichten auf die Handelsverträge haben die Regierung von der Suspension abgehalten. Noch ist es Zeit, noch kann die Regierung meinetwegen den Roggenzoll auf $\frac{1}{2}$ Jahr aufheben. (Abg.

Richter: Nein, auf 12 Jahre. Heiterkeit.) Der jetzige Preisstand ist nur ein vorübergehender. Aber wie lange ist es her, daß die Landwirtschaft kaum solche Preise erzielte, um nur auf die Produktionskosten zu kommen? Differentialzölle sind dem Osten überhaupt nicht zuträglich, aber Differentialzölle auf Getreide wäre ein großer wirtschaftlicher Fehler.

Das Friedensbündnis mit Österreich ist notwendig und muß erhalten werden. Ob aber auch eine wirtschaftliche Annäherung an Österreich dazu nötig ist, bezweifele ich. Man wird in weiten Kreisen des Volkes sich fragen, ob ein Bündnis, das mit so schweren Opfern für die Landwirtschaft bezahlt wird, nicht zu thuer erkannt ist.

Die Zollerhöhung von 1887 war keine Kraftprobe, sondern ein Ausflug der bittersten Notwendigkeit. (Lachen links.) Und wenn jetzt in Russland und den übrigen getreidebauenden Ländern auch nur eine Mittlerer eintritt, wer steht uns dafür, daß der Roggen nicht wieder auf 100 M. heruntergeht? Die Produktionskosten des Roggens hatte man 1887 noch auf 150 M. in den östlichen Provinzen und auf 160 M. in den westlichen Provinzen berechnet; heute möchte ich sie noch um 30 M. höher schätzen. (Große Heiterkeit links.) Wenn der Reichskanzler wirklich ein so warmes Herz für die Landwirtschaft hat, so möge er sich vorstellen, welches unsere Lage sein wird, wenn wir wieder für jede Tonne Roggen 50, 60 Mark und noch mehr zuschließen müssen. 1887 hatten wir noch Hoffnung auf Besserung durch Erhöhung der Zölle. Wenn aber jetzt die Zölle auf 12 Jahre festgelegt werden, dann wird es für uns heißen: Lasciate ogni speranza. (Große Heiterkeit links.)

Nicht minder bedauerlich als die Heraussetzung des Kornzolls ist für mich auch die Heraussetzung des Weinzolls, die unsere Weinproduktion ungeheuer schädigen wird. Ebenso werden verschiedene Kleinindustrien schwer getroffen, so die Berliner Perlmuttfabrikanten. Die große Industrie kommt allerdings sehr gut weg, namentlich die Eisenindustrie, die ihre bisherigen Zollsätze nahezu behält, wenn sie auch davon wohl kaum einen Gebrauch machen wird. (Heiterkeit.) Bei diesen Handelsverträgen hat Österreich ein sehr gutes Geschäft gemacht. (Abg. Richter: Wir auch!) Wir machen Österreich Geschenke, und Geschenke werden immer sehr gleichmütig entgegengenommen. (Burke des Abg. Richter: Agrarier! Sie müssen es ja wissen! Große Heiterkeit.) Um den Absatz im Ausland zu vergrößern, schwächt man den inneren Markt. Das ist ein schwerer Fehler. (Lachen links.) Ich berufe mich dafür auf Herrn v. Schraut in Straßburg, den ich für eine große Kapazität auf diesem Gebiete halte. (Abg. Richter: Wir nicht!) Ich stelle Herrn v. Schraut sehr hoch. (Abg. Richter: Lassen Sie ihn doch da stehen! Große Heiterkeit.)

Vorher war die Regierung die beste Stütze und Freunde der Landwirtschaft, und diese dankte ihr für das Vertrauen wieder besonders bei den politischen Wahlen (Heiterkeit). Dieses Vertrauen ist natürlich zum Theil geschwunden. Der Reichskanzler hat ja selbst seine Schuld, ihm traue ich das beste Wohlwollen für das Gedanken der Landwirtschaft zu, die Schuld liegt an seinen Vertragsverhandlungen. (Lachen links.) Es sind da liberal-freihändlerische Geheimräthe (Lachen). Wir erleiden eine Niederlage; schon heute wird im demokratischen Lager triumphiert, aber tausendmal lieber will ich eine unverschuldet Niederlage ertragen, als mich auf eine Transaktion einlassen, die ich vor meinem Gewissen nicht verantworten kann. Dann wird die Landwirtschaft leben, daß sie noch nicht ganz verlassen ist. (Heiterkeit und Lachen links; Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Caprivi: Die Unterstellung, daß innerhalb des Reichskanzleramtes Arbeiten gemacht werden und nach außen gehen, die nicht meiner Ansicht entsprechen und für die ich die Verantwortung nicht übernehme, weise ich auf das Entscheidende und Schroffste zurück. Es sind dieselben Beamten, die unter dem Fürsten Bismarck gearbeitet haben; denen darf man den Vorwurf der Freihändlerei nicht machen.

Hierauf wird die weitere Berathung vertagt auf Freitag 1 Uhr. Schluss 4^{te}, Uhr.

Deutschland.

Berlin, 10. Dezember.

— Fürst Bismarck ist seitens des Abg. v. Kardorf dringend ersucht worden, doch an den Handelsvertragsverhandlungen im Reichstage teilzunehmen. Fürst Bismarck aber hat mit einem kategorischen Nein geantwortet. Dagegen hat Fürst Bismarck Auftrag gegeben, nach Friedrichsruh ihm über die Rede Caprivi zu telegraphiren. Freilich hat Fürst Bismarck den Kostenworschuss für das Telegramm auf 60 Worte beschränkt.

Die „Kreuzztg.“ beschwört den Fürsten Bismarck, nachdem er einmal ein Reichstagsmandat angenommen, seine Pflicht zu erfüllen und in der Frage der Handelsverträge die Pflichterfüllung nicht allein von ärztlichen, sondern auch von politischen Gesichtspunkten abhängig zu machen.

— In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrates wurde die Vorlage, betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die Astrolabe-Kompanie zu Berlin, an die Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen überwiesen. Das Abkommen mit Österreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz kam nicht zur Verhandlung. Über den Antrag, betreffend die doppelte Anrechnung der Dienstzeit zu Gunsten der in den deutschen Schulgebieten beschäftigten Reichsbeamten wurde kein Besluß gefasst.

— Über die neuen Lehrpläne für die höheren Unterrichtsanstalten wird der „Schles. Btg.“ aus Berlin geschrieben:

„Das der Siebener-Ausschuss noch einmal mit der Frage befaßt werden wird, über welche derzeit seiner Zeit bereits gefunden hat, ist gänzlich ausgeschlossen. Dem Landtage wird eine die Lehrpläne betreffende Denkschrift zugehen. Eine weitere Anspruchnahme der Landesvertretung ist jedoch nicht in Aussicht genommen, da Geldmittel zur Einführung der neuen Ordnung der Dinge nicht erforderlich sind. Die Lehrpläne sollen von nächstes Oster an Geltung haben. Das Sekundarexamen soll zum ersten Male zu Ostern 1893 abgehalten werden.“

— Die Wahl des Abg. Zelle zum Bürgermeister in Berlin hat die königliche Bestätigung erhalten.

München, 10. Dez. Das Abgeordnetenhaus stimmte dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Freiherrn von Crailsheim zu, wonach die Kette im Main verlustsweise vorläufig bis Miltenberg gelegt werden solle. Die Petitionen um Legung der Kette bis Würzburg oder Bamberg wurden abgelehnt, ebenso wurde eine Petition betreffend Anlage eines Flößhafens bei Würzburg ebenfalls abgelehnt, da einseitigen die Erfahrungen mit den in der letzten Session bewilligten Einwurfsstellen und Gleiseverbündungen mit den Main-Ufern für den Flößverkehr weiter abzuwarten seien. Freiherr von Crailsheim gab auf Grund von sachverständigen Urtheilen der Meinung Ausdruck, daß auf die Entwicklung des Verkehrs auf dem Main keine großen Hoffnungen gebaut werden könnten.

München, 10. Dez. Der Finanzausschuss der Abgeordneten-

Kammer genehmigte gestern den größten Theil des Etats für das Ministerium des Innern. In diesem Etat befinden sich als dauernde Neuforderung die Gehälter für vier neue Fabrik-Inspektoren.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung mit 24 gegen 12 Stimmen sich gegen die Handelsverträge erklärt.

— Die Abge. Frhr. v. Stauffenberg (freis.) und Siegle (nl.) bringen eine Interpellation im Reichstag ein, welche den Schutz des deutschen Urhebers in den Vereinigten Staaten von Nordamerika betrifft. Der Reichsregierung wird darin nahegelegt, den empfindlichen Schädigungen, die unsere Verleger und Künstler durch den amerikanischen Nachdruck erleiden, baldigst entgegenzutreten.

— Der "Germania" wird geschrieben: Im Reichstagswahlkreise Bayreuth scheinen die Freisinnigen Aussicht zu haben, bei der Erstwahl durchzudringen.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

am Crone a. d. Br., 9. Dezbr. (Ernennung). Diebstähle. Bagabundenplage! Der Amtsrichter Kade hier selbst ist als Landrichter an das Landgericht in Meixis versetzt und wird am 1. Januar f. J. sein neues Amt übernehmen. Herr K. hat sich um die Entwicklung unserer Stadt in vieler Hinsicht verdient gemacht; der Verschönerungs- und der Kriegerverein verlieren in ihm ihren Vorsitzenden. Sein Scheiden von Crone wird allgemein lebhaft bedauert. — In den letzten Tagen sind hier mehrere Diebstähle verübt worden. Dem Glaser Joseph wurde eine Kiste mit Glas gestohlen und dem Kaufmann Leo Säufalsti einige Bentzer Gerste, welche er vor seinem Speicher stehen hatte. Der letztere Diebstahl geschah, als sich S. eine kurze Zeit entfernt hatte. — Mit dem Beginn der arbeitslosen Zeit mehrt sich bei uns auch die Bagabundenplage; selten vergeht ein Tag, an dem nicht 8 bis 10 dieser Leute vorsprechen und flächig um eine Gabe bitten. Empfehlenswert ist dagegen ein Mittel, welches ein hiesiger Bürger mit Erfolg anwendet. Sobald die übliche Klage über Mangel an Arbeit von den Bittenden erfolgt, bietet begagter Bürger denselben an, ihm gegen gute Bezahlung einen Meter Holz zu verkleinern. In den seltesten Fällen wird von diesem Angebot Gebrauch gemacht; unter Befürchtung aller möglichen und unmöglichen Gebrechen verichern die Meisten auf Altmärkterwidersehen.

* Thorn, 10. Dez. (Ausgelieferter Nihilist.) Ein in Belgien verhafteter, über Hamburg nach Thorn der russischen Behörde ausgeliefert. Eine große Kiste mit nihilistischen Schriften, die bei seiner Verhaftung vorgefunden war, wurde ebenfalls den russischen Beamten übergeben.

* Waldenburg, 10. Dez. (Eine furchtbare Explosionschlagender Wetter hat auf der Friedenshoffnungsgasse stattgefunden. Neun Tote sind bereits herbeigeholt. Wahrscheinlich beträgt die Zahl der Tote insgesamt 30.

Bermischtes.

+ Ein Bild großstädtischen Elends entwirkt ein Mitarbeiter der Berliner "Täglichen Rundschau"; er schreibt: Abends benutzt ich zum Heimweg den Omnibus der Linie Spittelmarkt-Wedding. Es war ein Viertel nach 10 Uhr. Der einzige Mitfahrende war ein ungefähr zwölffähriger mehr als dürrig gekleideter Knabe. Er hielt eine Zigarette in der Hand und summte unbekümmert vor sich hin. Als ich voll

Teilnahme einige Fragen an ihn richtete, entblöste er stoßweise, abgebrochen, mit Hilfe des Kondukteurs, der den Knaben kannte, ein ergreifendes Stück Leben. Es stellte sich heraus, daß der Junge auf einem Auge ganz und auf dem anderen fast ganz erblindet war, doch schien er kaum die volle Größe seines Elends zu empfinden, da ihn die häuslichen Verhältnisse wohlstumpf gemacht haben. Der Vater, Maurer, habe das Reisen und sei arbeitsunfähig, die Mutter den Lungenhusten, so daß sie auch nicht viel thun könne, und da reiche das Geld von Marie, der Schwester, die ins Geschäft ginge, nicht aus, obgleich sie "nen feinen Bräut'jam" hätte, der ihr Geld gäbe. Dann hätten sie noch "Paulie", ein "Biekind", "ne kräfliche Krabbe", der immer schrie und welchen er weinen müsse, weil er doch sonst nicht viel leisten könnte. Bloß, wenn er sich „was einlernte“ auf seiner Zigarette, brauchte er Paulie nicht warten, und dabei zeigte er auf sein Instrument — ein altes, unscheinbares und schmutziges Ding, an dessen Tonreichtum man nicht glauben konnte. Auf die Frage, ob er nun nach Hause fahre, und ob er den Weg wüsste, gab er mürrisch zur Antwort: „Nee doch, ich komm ja von zu Hause, nu jeh id in Lofale spielen.“ Und auf weitere Fragen gab er die Auskunft: „In die Auguststraße spel id, — id zähl die Laternen und denn finde id“. Durch ein kleines Geldgeschäft mittheilamer geworden, erzählte er dann, daß er fast alle Abende in dieser Weise „aufs Geschäft“ ginge. Mutter erwartete ihn, „Nachtens um Uhre eenzen“, am Koppenplatz; ihr gäbe er den Verdienst, der zwischen 2,50—4 M. schwance, und dann hätte er es gut, dann käme er bald zu Bett. Da die Auguststraße bald erreicht war, blieb mir nur noch so viel Zeit, den Jungen zu fragen, ob er gern dieser Beschäftigung nachginge, worauf er lakonisch antwortete: „Jern — nee, aber id müss, und dann niebs noch immer ville zu drinnt.“ Der Koppen-Platz war erreicht. Mit Hilfe des Schaffners stieg der arme Junge aus. Jener gab ihm die Richtung an, behutsam ging er über den Fahrdamm und tastete sich dann an den Häusern entlang. Theilnahmsvoll blickte auch der Conduiteur dem Unglüdlichen nach, obwohl ihm dessen Schicksal längst vertraut war, daß nach seiner Meinung in Berlin garnicht einmal zu den erschütterndsten in seiner Art gehöre. „Sind solche Zustände nicht grauenhaft?“ Der blinde Junge mußte nachts bis 1 Uhr in den Lofalen Geld zusammenstellen, der Vater hat Rheumatismus, die Mutter die Violetarterienkrankheit, die Schwester hat den bekannten „Bräutigam“ und dann noch ein Kind in der „Ziebe“. Das blinde Kerlchen muß Geld verdienen, die Mutter erwartet ihn auf der Straße, ihr liefert er seinen „Verdienst“ ab und freut sich, daß er es dann „gut“ hat, denn er kommt dann bald ins Bett. Einen andern Wunsch besitzt dieser 12jährige blinde Knabe nicht!

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 10. Dez. Bei der heutigen Explosion von Grubengassen in der Friedenshoffnungsgasse bei Hermsdorf wurden, soweit bis jetzt ermittelt, 13 Bergleute getötet.

Wien, 10. Dez. Abgeordnetenhaus. In dem heute vertheilten Motivenberichte zu den Handelsverträgen hebt die Regierung hervor, daß mit dem 1. Februar 1892 die überwiegende Mehrzahl der Konventional-Tarife, insbesondere der Vertragstarif mit Frankreich, abliefern, und daß deshalb mit

diesem Termine neue Tarifverträge geschlossen werden müßten. Für Österreich-Ungarn liege der Schwerpunkt der handelspolitischen Aktion in seinem Verhältnisse zu Deutschland. Die neuen Verträge umfaßten 43 Millionen Konsumenten auf Seite Österreich-Ungarns, neben 90 Millionen auf Seiten der anderen vier Staaten. Diese Verträge bildeten somit im Zusammenhange mit jenen, welche Deutschland mit Italien, Belgien und der Schweiz eingegangen sei, in Zentral-Europa eine handelspolitische Verständigung von derartig maßgebendem Umfang, daß insbesondere mit Rücksicht auf deren Anziehungsvermögen der Verfallstermin am 1. Februar 1892 einen erheblichen Theil seiner Schärfe verliere. Die Fortdauer oder Neuschaffung verlässlicher, vertragsmäßiger Unterlagen nach diesem Termine sei gesichert. Die nächste Aufgabe der österreichischen Regierung sei, auch für den Handelsverkehr nach Osten die vertragsmäßige Sicherheit auf längere Zeitdauer zu begründen.

Wien, 10. Dez. Das Abgeordnetenhaus genehmigte die von der Regierung beantragte staatliche Subvention der Wetttrennen.

Pest, 10. Dez. Das Abgeordnetenhaus beschloß, anlässlich der Feier des tausendjährigen Bestehens des ungarischen Reiches im Jahre 1895 eine Nationalausstellung in Pest zu veranstalten.

Petersburg, 10. Dez. Die "Nordische Telegraphen-Agentur" bezeichnet die Gerichte von der Zahlungseinstellung der Glassfabrik von Peter Zinowjew für unbegründet.

Rom, 10. Dez. Der "Agenzia Stefani" wird aus Massauah gemeldet, General Gandolfi werde zum 16. d. M. daselbst erwartet. Es sei demselben gelungen, mit den Händlern von Tigre vollkommen zufriedenstellende Handelsbeziehungen anzuknüpfen und freundnachbarliche Vereinbarungen zu treffen.

Paris, 10. Dez. In einer heute stattgehabten, von etwa 110 Deputirten der republikanischen Partei besuchten Versammlung gab sich einmütiges Einvernehmen darüber, daß die Regierung und die republikanische Partei angesichts der klerikalen Kundgebungen fest vereint zusammenstehen müßten, daß es indeß nicht möglich sei, die Vorbereitungsmahrgeln für eine Trennung von Kirche und Staat länger hinauszuschieben.

Heute Nachmittag fand unter zahlreicher Beteiligung die feierliche Aufnahme des Konseilspräsidenten Freycinet in die Academie française statt.

London, 10. Dez. Dem "Reuter'schen Bureau" wird aus Peking vom 9. Dezember gemeldet, der Plan des Führers der chinesischen Regierungstruppen, die Aufständischen zu umzingeln, habe nicht ausgeführt werden können, weil man sich nicht rechtzeitig mit den mongolischen Stämmen des Nordens verständigt habe. Daher hätten die Aufständischen nach dem für die kaiserlichen Truppen siegreichen Gefechte durch die Flucht entkommen können.

London, 10. Dez. Die "Times" meldet aus Singapore von gestern, aus Tientsin würden Einzelheiten über die jüngst stattgehabten Kämpfe berichtet, wonach die Aufständischen förmlich niedergemacht worden wären. Mehrere Christen seien in der Nähe von Pakusciere von Banditen und dem Pöbel getötet worden. Der Kommandant des Platzen, welcher unter dem Verdachte der Mitschuld an dieser That steht, habe sich selbst das Leben genommen; auch mehrere städtische Beamte seien in die Angelegenheit verwickelt. Der englische Missionär Parker sei aus Chao-Yang verschwunden.

London, 10. Dez. "Reuters Bureau" meldet aus Rio de Janeiro, bei einem gestern bei Campos im Staate Rio de Janeiro erfolgten Zusammenstoß der einander feindlich gegenüber stehenden Parteien seien mehrere Personen getötet und eine größere Anzahl verwundet worden.

Bukarest, 10. Dez. Das neue Kabinett hat sich heute der Kammer vorgestellt. Der Ministerpräsident Catargi verlas eine Erklärung, in welcher es heißt, das Ministerium werde das in den letzten Jahren begonnene Reformwerk fortsetzen. Der gemäßigte Konservatismus und die liberalen Gesinnungen der Mitglieder des neuen Kabinetts dürften allen modernen Anforderungen Genüge thun. Die Anschauungen des Ministeriums seien dieselben, wie diejenigen der Majorität des Parlaments.

Handel und Verkehr.

** London, 10. Dez. Die Bank von England hat heute den Diskont von 4 auf 3½% prozent herabgesetzt.

** Bradford, 10. Dez. Wolle fest, unverändert, Garne lebhafter, Stoffe ruhig.

** Newyork, 9. Dez. Die Börse verkehrte in allgemein steigender Bewegung und schloß zu den höchsten Tageskursen. Der Umsatz der Aktien betrug 309 000 Stsd. Der Silbervorrath wird auf 3 600 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 25 000 Unzen. Für den Staatschäk wurden 546 000 Unzen zu 95,60 à 95,75 angekauft.

Marktberichte.

Bromberg, 10. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 215—232 M., Roggen 220—234 M., geringe Qualität 208 bis 219 M. — Gerste 165—175 M., Braugerste 176—180 M. — Getreide Futter 180—190 M., Körnerbrot 200—210 M. — Hafer 168 bis 175 M. — Spiritus 50er 70,75 M., 70er 51,25 M.

Breslau, 10. Dez. (Amtlicher Produktions-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo —. Gel. —. Eier. —. abgelaufene Kündigungsscheine —. p. Dez. 240,00 Gd. p. April-Mai 234,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. Dez. 156,00 Br. Rübbel (p. 100 Kilo) p. Dez. 65,00 Br. Säfte (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Zählg. exel. 50 und 75 M. Verbrauchsabgabe gefürdigd —. Öler, p. Dez. (50er) 69,50 Gd. p. Dez. (70er) 49,80 Gd. April-Mai 51,50 Gd. Zinf. Ohne Umsatz.

** Leipzig, 10. Dez. (Wollbericht) Sammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. p. Dez. 3,62%, M. p. Jan. 3,62%, M. p. Febr. 3,65 M., p. März 3,65 M., p. April 3,67%, M. p. Mai 3,70 M., p. Juni 3,72%, M., p. Juli 3,72%, M., p.

Aug. 3,72%, M., p. Sept. 3,72%, M., p. Okt. 3,72%, M., p. Nov. 3,72%, M. Umsatz 20 000 Kilogr. Fest.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind. Wetter.	Temp. Grad.
10. Nachm. 2	746,1	SD	bedeut + 6,9
10. Abends 9	743,2	SD	bedeut + 8,0
11. Morgs. 7	746,5	S stark	bedeut + 7,8
1) Nachts		Sturm aus SD. und Regen.	
Am 10. Dez.		Wärme-Maximum 8,2° Cels.	
Am 10.		Wärme-Minimum + 2,0°	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Dez.	Morgens 1,62 Meter.
10.	Mittags 1,60
11.	Morgens 1,58

Telegraphische Börsenberichte.

Kond.-Kurse.

Breslau, 10. Dez. Geschäftslös.

Neue Proz. Reichsanleihe 84,20, 3½, proz. L.-Pfandbr. 96,20, Konsol. Türk. 17,70, Türk. Loos 60,75, 4proz. ung. Goldrente 90,10, Bresl. Diskontobank 89,00, Breslauer Wechslerbank 92,00, Kreditaktien —, Schles. Bankverein 108,50, Donnersmarcbütte 81,50, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,50, Oberlese. Eisenbahn 55,10, Oberlese. Portland-Zement 86,00 Schles. Cement 119,00, Oppeln-Zement 85,25, Schles. Dampf. C. —, Krakow 118,75, Schles. Zinkfatten 209,00, Laurahütte 105,75, Verein. Oelfab. 94,50, Österreich. Banknoten 172,60, Russ. Banknoten 196,90.

Frauenfeld a. M., 10. Dez. (Schlußkurse.) Lustlos.

Lond. Wechsel 20,33, 4proz. Reichsanleihe 84,55, österr. Silberrente 78,90, 4½, proz. Papierrente 79,40, do. 4proz. Goldrente 93,60, 1860er Loos 119,60, 4proz. ungar. Goldrente 89,90, Italiener 89,40,

1880er Russen 93,00, 3. Orientali. 62,00, unfrz. Egypter 96,00, tom. Türk. 17,70, 4proz. türk. Ans. 82,90, 3proz. port. Ans. 33,40, 5proz. serb. Rente 84,10, 5proz. amort. Rumäniener 97,00, Griechenland 84,00, Böh. Westb. 298, Böh. Nordbahn 159, Franzosen 240, Galtzler 175, Gotthardbahn 136,90, Lombarden 74, Lübeck-Büchen 145,50, Nordwestb. 176, Kreditakt. 239, Darmstädter 123,40, Mittels. Kredit 90,80, Reichsb. 143,90, Dörf. Kommandit 171,80, Dresden. Bank 132,90, Pariser Wechsel 80,616, Wiener Wechsel 172,50, serbische Tabaksrente 85,40, Bochum. Gußstahl 112,00, Dortmund. Union 56,40, Harpener Bergwerk 148,90, Hibernia 130,00, 4proz. Spanier 66,50, Mainzer 111,20, Privatdiskont 3½, proz.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 239, Dörf. Kommandit 172,00, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Portugiesen —, Laurahütte —, Duxer —, Buschendorfer —, Böhmis. Westbahn —, Darmstädter —, Gotts-

harderbahn 137,50, Staatsbahn —.

Wien, 10. Dez. (Schlußkurse.) Lokalmarkt fest, sonst geschäftslös, schwächer, Schluß bestätigt, Lombarden matt.

Deister. 4½, % Papier. 92,25, do. 5proz. 102,30, do. Silberrente 91,90, do. Goldrente 108,30, 4proz. ungar. Goldrente 104,45, do. Papierrente 101,10, Länderbank 199,50, österr. Kreditaktien 279,25, ungar. Kreditaktien 323,75, Wien. Bt.-B. 106,00, Elbenthalbahn 222,25, Galtzler 204,75, Lemberg-Czernowitz 240,50, Lombarden 88,60, Nordwestbahn 205,75, Tabakfatten 156,50, Napoleon 9,36, Marton 58,00, Russ. Banknoten 1,13, Silbercoupons 100,00.

Paris, 10. Dez. (Schlußkurse.) Träge, Portugiesen weichend.

Tendenz durch Rückgang portugiesischer Obligationen beeinflußt. Verhandlungen der Banque de Paris wegen Sanierung Eisenbahnangelegenheit scheinen resultatlos zu bleiben, wodurch Vermuthung entsteht, daß Januar-Kupon Eisenbahn

lofo neuer 222—230. — Roggen lofo ruhig, mecklenb. lofo neuer 220—245, russ. lofo ruhig, neuer 192—198. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübböhl (unverz.) ruhig, lofo 63,00. — Spiritus matt, per Dez. 40%, Br., p. Dez.-Jan. 40%, Br., p. Jan.-Febr. 41 Br., p. April-Mai 40%, Br. — Kaffee fest. Umsatz 2000 Sad. — Petroleum ruhig, Standard white lofo 6,70 Br., p. Jan.-März 6,65 Br., incl. Zoll 45 Pf. per 100 Pf. — Wetter: Scher stürmisch.

Hamburg. 10. Dez. Budermarkt (Schlussbericht). Rüben-Hobzäder I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Ufance, frei an Bord Hamburg v. Dezbr. 14,45, p. März 14,95, p. Mai 15,12%, p. August 15,37%. Matt.

Hamburg. 10. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dez. 69, p. März 63%, p. Mai 62, p. Sept. 60%. Fest.

Besi. 10. Dez. Produktenmarkt. Weizen lofo ruhig, ver Frühjahr (1892) 11,30 Gd., 11,82 Br. Hafer p. Frühjahr (1892) 6,54 Gd., 6,56 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni (1892) 6,20 Gd., 6,22 Br. Kohlraps p. Aug.-Sept. 13,75 Gd., 13,85 Br. — Wetter: Schön.

Paris. 10. Dez. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen matt, p. Dez. 26,50, p. Jan. 26,90, p. Jan.-April 27,40, p. März-Juni 28,00. — Roggen matt, p. Dez. 20,60, p. März-Juni 22,50. — Mehl weich, p. Dez. 58,10, p. Jan. 59,10, p. Jan.-April 59,10, p. März-Juni 61,00. — Rübböhl weichend, p. Dez. 64,25, p. Jan. 65,00, p. Jan.-April 66,00, p. März-Juni 67,00. — Spiritus fest, p. Dez. 47,00, p. Jan. 46,50, p. Jan.-April 46,00, p. Mai-August 46,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris. 10. Dezbr. (Schlussbericht.) Hobzäder ruhig, 88 p.Ct. lofo 39,50. Weizen Zucker behauptet, Nr. 3, p. 100 Kilo p. Dez. 40,87%, p. Jan. 41,25, p. Jan.-April 41,62%, p. März-Juni 42,00.

Hafer. 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Haufe.

Kilo 22 000 Sac, Santos 40 000 Sac Recettes.

Hafer. 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Dez. 87,25, p. März 79,25, p. Mai 77,00. Fest.

Amsterdam. 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen p. März 267, p. Mai 271. Roggen p. März 250, p. Mai 253.

Amsterdam. 10. Dez. Vancazino 55.

Amsterdam. 10. Dez. Java-Kaffee good ordinary 55%.

Antwerpen. 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen träge. Roggen ruhig. Hafer angeboten. Gerste ruhig.

Antwerpen. 10. Dez. Petroleummarc. (Schlussbericht.) Kaffinirte Type weiß lofo 16%, bez. und Br., p. Dez. 16 Br., p. Jan.-März 16 Br., p. Sept.-Dez. 16 Br. Fest.

London. 10. Dez. Chili-Kupfer 45%, per 3 Monat 45%.

London. 10. Dez. 96 p.Ct. Tabakzucker lofo 16% ruhig, Rüben-Hobzäder lofo 14% ruhig. Centrifugal Cuba —.

London. 10. Dez. An der Küste 4 Weizenladung angeboten. — Wetter: Sturm.

Für London und den Kanal werden anhaltende Südwest- und Westwinde prognosiert.

Glasgow. 10. Dez. Robetten. (Schluss.) Mixed numbers warrants 47 sh. 3 d. à 47 sh. 6 d.

Liverpool. 10. Dez. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8 000 B. Ruhig. Tagesimport 11 000 B.

Liverpool. 10. Dez. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 100 Ballen. Amerikaner unverändert, Suraten ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dez.-Jan. 41%, Käuferpreis, Januar-Febr. 41%, do., März-April 42%, do., Mai-Juni 17%, Berkäferpreis, Juli-August 4%, do.

Newyork. 10. Dez. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipe line certificates per Jan. 58%. Weizen per Dezbr. 106%.

Newyork. 9. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8%, do. in New-Orleans 7%. Staff. Petroleum Standard white in New-York 6,45 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,40 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline

certificates p. Jan. 58%. Ziemlich fest. — Schmalz lofo 6,45, do. Höhe u. Brothers —. Spec. short clear Chicago 5,75, Port Chicago p. Jan. 11,07. Zucker (Fahr refuting Moscovados) 3%. Mais (New) p. Jan. 56%, p. Febr. 54%, p. Mai 53. — Rother Winterweizen lofo 107%. Kaffee Mto Nr. 7, 13%. — Mehl 4 D. 25 C. Getreidefracht 5%. Kupfer p. Jan. 10,75 nom. — Rother Weizen p. Dez. 106%, p. Jan. 107%, p. Febr. 108%, p. Mai 109%. Kaffee Nr. 7, low ordinär p. Jan. 12,42, p. März 12,02.

* eröffnete 58%.

Liverpool. 10. Nov. (Offizielle Notierungen.) Amerikaner good ordinary 31%, do. low middling 4%, Amerikaner middling 4%, middling fair 4%, Vernon fair 4%, do. good fair 5%, Cease fair 4%, do. good fair 5%, Bahia fair —, Maceio fair 4%, Maranham fair 4%, Egyptian brown fair 4%, do. d. good fair 5%, do. do. good 5%, do. do. white fair 5%, do. do. good fair 5%, do. do. good 5%, M. G. Broach good 3%, do. fine 4%, Dholleraab fair 3%, do. good fair 3%, Dholleraab good 3%, do. fine 4%, Domra fair 3%, do. good fair 3%, do. good 3%, Bengal good fair 3%, do. good fair 3%, do. fine 3%, Timnivali, fair 3%, do. do. good fair 3%, do. do. good 3%, Peru rough fair —, do. do. good fair 8%, do. do. good 9%, do. moder. rough fair 5%, do. do. good fair 6%, do. do. do. good 7%, do. smooth fair 4%, do. do. good fair 4%.

Berlin. 11. Dez. Wetter: Regen.

Newyork. 10. Dez. Winterweizen Rother p. Dez. 106%, C., p. Jan. 107%, C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 10. Dez. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit theilweise etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von dem fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten weniger günstig und boten geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar.

Hier entwickelte sich das Geschäft bei großer Zurückhaltung der Spekulation im Allgemeinen ruhig; nur in einzelnen Ultimo-werthe fanden zeitweise belangreichere Abschlüsse statt; im Laufe des Verkehrs befestigte sich die Haltung und der Schlub blieb nach unweisenlichen Schwankungen ziemlich fest.

Der Kapitalmarkt wies sehr gesetzte Gesamthaltung für heimische soilde Anlagepapiere auf bei mäßig Umfängen. Fremde, festen Bios tragende Papiere waren zumeist ziemlich behauptet; russische Anleihen und Noten nach schwächerer Eröffnung bestätigt, Italiener und ungarsche Goldrente etwas abgeschwächt.

Der Privatdiskont wurde mit 2% Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Oesterl. Kreditaktien zu etwas schwächerer und mäßig schwankender Rottz ziemlich lebhaft um; Franzosen abgeschwächt, andere österreichische Bahnen wenig verändert, und ruhig; Gotthardbahn fester, Schweizerische Zentralbahn, Warschau-Bien schwächer.

Inländische Eisenbahnaftien wenig verändert und sehr ruhig.

Bankaktien Anfangs schwächer, später bestätigt; die spekulativen Devisen ziemlich belebt.

Industriepapiere sehr ruhig, aber zumeist fest; Montanwerthe Anfangs schwach, später bestätigt.

Produkten-Börse.

Berlin. 10. Dez. Auf die meist schwachen Notrungen vom Auslande eröffnete die Getreidebörsen zu etwas herabgezogenen Preisen. Da aber das Angebot sehr gering war, trat bald eine Befestigung ein. Weizen zog vor Frühjahr 1/2 Mf. an, konnte sich dagegen per Dezember kaum behaupten. Das Geschäft war sehr still. Schöner Delhi-Weizen ist per April Abladung zu 182 M. eif. Hamburg angeboten. Die gestrigen kleinen Rundungen von Delhi-Ware wurde wegen starken Geritebefestigungen für unfontraktlich erklärt. In Roggen wird vom Inlande fast nichts angeboten, Ware ist sehr knapp. Eine Ladung bulgarischen Roggens Januar-Februar-Abladung wurde zu 192 Mark eif. Hamburg gekauft. Im pr. 1 100 Kilo Br. inkl. Sad.

Terminhandel war lebhafte Deckungsfrage, per Dezember um ca. 1 M. besserem Preis; andere Termine still und wenig verändert. Hafer war anfänglich schwach, später bei kleinem Geschäft erholt.

Mais in effektiver Waare stark begehr und höher; Termine still und unverändert. Roggenmehl bei kleinen Umsätzen etwas fester. Auch Rüböl fester. Spiritus lofo ziemlich begehr und 10 Pf. höher. Termine gewannen bei stillsem Geschäft 30 Pf.

Wetzen (mit Auschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kilo. Loto fest. Termine behauptet. Gefündigt 950 To. Ründigungspreis 226,75 M. Loto 222—238 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 229 M., p. diesen Monat 226,75 bez., per Dez.-Jan. 226,25 bez., per April-Mai 223,5 bez.

Roggene per 1000 Kilo. Loto fest. Termine schließen fester. Gefündigt 200 To. Ründigungspreis 241 M. Loto 230 bis 242 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 239 M., inländischer fein 238—239, ab Bahn bez., p. diesen Monat 240,5—25 bis 241,25—241 bez., per Dez.-Jan. — bez., p. April-Mai 232,25 232—233,5—233 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Matt. Große und kleine 162—205

1/2. Futtergerste 163—175 M. nach Qual.

Hafer p. 1000 Kilo. Loto still. Termine wenig verändert. Gefündigt 400 To. Ründigungspreis 166 M. Loto 164—182 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 168 M. Bomm. preuß. und schles. mittel bis guter 166—175, seiner 179—180 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat und p. Dez.-Jan. 166—25—165,75 bez., p. Jan.-Febr. 1892 — bez., p. April-Mai 170,5—171 bez., p. Abel. Rund-Sch. vom 3. Dez. 164,5 verl. Mais p. 1000 Kilo. Loto fest. Termine niedriger. Gefündigt — Loto Ründigungspreis — M. Loto 162—175 M. nach Qual. p. diesen Monat — M., p. Dez.-Jan. — bez., p. Febr.-März 1892 — bez., p. April-Mai 135,25—135 bez.

Erben p. 1000 Kilo. Rauhware 200—250 M. Futterware 180—186 M. nach Qual.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine still. Gefündigt — Sad. Ründigungspreis — M., p. diesen Monat 32,6 bez., p. Dez.-Jan. u. p. Jan.-Febr. 1892 32,55 bez., p. April-Mai 32,2 bez.

Rüböl p. 100 Kilo mit Faz. Termine höher. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Loto mit Faz. 63,2 bez., Loto ohne Faz. — bez., der diesen Monat 62,3—5—4 bez., p. Dez.-Jan. — bez., p. Jan.-Febr. — bez., p. Febr.-März — bez., p. April-Mai 61,2 M. per Mai-Juni — M.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sad. Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sad. Loto 37,75 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faz. in Boten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — Kilo. Ründigungspreis — M., p. diesen Monat —. p. Dez.-Jan. —

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — Markt. Loto ohne Faz. 71,4 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Loto ohne Faz. 51,9 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Loto mit Faz. — p. diesen Monat —

Spiritus mit 100 000 Str. Ründigungspreis 51,4 M. Loto mit Faz. — bez., per diesen Monat 51,7—5—6,5 bez., p. Dez.-Jan. 51,6—3 bez., p. Jan.-Febr. 1892 51,6—4 bez., p. Febr.-März —, p. März-April — per April-Mai 52,4—1 bez., p. Mai-Juni 52,7—3 bez., p. Juni-Juli 53—52,8 bez., per Juli-August 53,4—1 bez.; Weizemehl Nr. 00 32,00—32,25, Nr. 0 30,00—29,00 bez.

Heine Marken über Rottz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 32,75—32,00 bez., do. seine Marken Nr. 0 u. 1 34,00—32,75 bez., Nr. 0 1%, M. höher als Nr. 0 unb.

Pr. 1 100 Kilo Br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. s. add. W. = 12 M. 1 fl. ästerl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 S. oder 1 Pr. oder 1 Ps. = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 10.	Brach. 20. T.L. — 101,90 bz	ohw. Hyp.-Pf. 4½ 101,58 bz	Reichenb.-Pf. 5 95,10 bz	Reichenb.-Pf. 5 95,10 bz	Bauges. Humb. 6 130,00 B.
Amsterdam. 3 8 T. 168,10 bz G	Coln.-M. Pr.-A. 3½ 130,00 bz G	b.Gld.-Pf. 5 88,30 bz G	do. do. 5 94,00 bz G	do. do. 5 94,00 bz G	Moabit 5 124,50 B.
London 4 8 T. 20,32% bz	Dess. Präm.-A. 3½ 136,60 G	c. Rente 5 85,40 bz G	do. do. 5 93,40 bz	do. do. 5 93,40 bz	Passage 3 66,50 bz G.
Paris 3 8 T. 80,65 bz B.	Ham. 50 T.-L. 3½ 132,10 bz	Stock 4 87,40 bz	do. do. 5 102,42 bz	do. do. 5 102,42 bz	U. d. Linden 4 4,30 J.
Wien 5 8 T. 172,35 bz	Mein. 7Guld-L. 3½ 25,00 bz	do. St. n. 87 3½ 40 bz			